

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 20/75

Berlin

15. Mai 1975

42. Jahrgang

Häglin

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften: Wenig Chancen für gravierende Einsparungen

Struktur und Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland sind in diesem Jahr durch expansive Finanzpolitik gekennzeichnet. Die dabei zu erwartenden hohen Defizite sind jedoch nicht nur Ausdruck aktiven staatlichen Handelns (Steuerreform sowie spezielle Maßnahmen zur Konjunkturanregung), sondern auch Folge konjunkturbedingter Steuerausfälle. Sicherlich wird das „deficit spending“ die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik begünstigen. Allerdings ergibt sich voraussichtlich ein Finanzierungsdefizit bei Bund, Ländern und Gemeinden in der Größenordnung von 50 Mrd. DM — eine Lücke, die sich selbst bei künftig günstigem Konjunkturverlauf wohl kaum automatisch schließen wird.

Überblickt man die Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit 1950, so ist festzustellen, daß die Gebietskörperschaften bis 1964 regelmäßig Finanzierungsüberschüsse verzeichneten. Danach schlossen die Haushalte mit Ausnahme von 1969 mit einem negativen Saldo ab. Die Überschüsse im Jahre 1969 waren allerdings in erheblichem Umfang auf Sondereinflüsse bei den Einnahmen¹ zurückzuführen.

Das Defizit des vergangenen Jahres in Höhe von nahezu 18 Mrd. DM stellt zwar im längerfristigen Vergleich einen Höhepunkt dar, in Relation zum Einnahmenvolumen hält es sich jedoch mit 7 vH im Rahmen der Jahre mit den höchsten Fehlbeträgen. Dagegen wird das Jahr 1975 mit einer Quote von nahezu 20 vH diese Größenordnung weit übertreffen. Zum zweiten Male leitet eine Steuerreform eine Trendänderung der öffentlichen Finanzen ein: Wurde mit der Einkommensteuerreform von 1965 die Phase positiver Finanzierungssalden beendet, so scheint die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Steuer- und

Kindergeldreform eine verstärkte Divergenz zwischen Einnahmen und Ausgaben auszulösen.

Der Staat in der Gesamtrechnung

Im folgenden sollen die Ausgabenentwicklung der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und ihre wesentlichen Bestimmungsgründe dargestellt werden. Hierzu sind einige methodische Erläuterungen erforderlich.

Die gesamten Ausgaben werden in die Kategorien öffentlicher Verbrauch, Bruttoinvestitionen und Transferzahlungen gegliedert. Der öffentliche Verbrauch ist eine saldierte Größe. In der amtlichen Rechnung werden von den Käufen der Gebietskörperschaften die Verkäufe (vorwiegend Gebühreneinnahmen) ab-

¹ Im Hinblick auf die Finanzreform (1970) haben die Gemeinden 1969 verstärkt Gewerbesteuern eingetrieben. Außerdem brachte eine fünfte Vorauszahlung auf Einkommen- und Körperschaftsteuer zusätzliche Einnahmen.

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

	in Mrd. DM								durchschnittliche Veränderung pro Jahr in vH			Veränderung gegenüber Vorjahr in vH				
	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974 ¹⁾	1975 ²⁾	65/60	70/65	75/70 ³⁾	1971	1972	1973	1974 ¹⁾	1975 ²⁾
Kassenmäßige Steuern ³⁾	68,4	105,5	154,1	174,2	199,7	227,8	242,5	252,3	9,0	7,9	10,4	13,0	14,6	14,1	6,5	4,0
Sonstige Abgaben und Gebühren ⁴⁾	2,2	3,0	4,7	4,7	5,4	5,5	6,9	7,3	6,4	9,4	9,2	0,0	14,9	1,9	25,5	5,8
Einnahmen ohne Erwerbs- einkommen	70,6	108,5	158,8	178,9	205,1	233,3	249,4	259,6	9,0	7,9	10,3	12,7	14,6	13,7	6,9	4,1
Personalausgaben ⁵⁾	16,4	28,8	48,6	58,0	65,0	75,2	86,4	93,1	11,9	11,0	13,9	19,3	12,1	15,7	14,9	7,8
Militär	2,1	5,3	8,7	10,2	11,5	13,0	14,9	16,0	20,3	10,4	13,0	17,2	12,7	13,0	14,6	7,4
Zivil	14,3	23,5	39,9	47,8	53,5	62,2	71,5	77,1	10,4	11,2	14,1	19,8	11,9	16,3	15,0	7,8
Lfd. Sachausgaben ⁵⁾	14,3	23,3	27,8	32,6	34,5	38,9	46,7	49,9	10,2	3,6	12,4	17,3	5,8	12,8	20,1	6,9
Militär	7,6	12,5	11,2	13,3	13,1	13,9	15,3	16,1	10,5	-2,2	7,5	18,8	-1,5	6,1	10,1	5,2
Zivil	6,7	10,8	16,6	19,3	21,4	25,0	31,4	33,8	10,0	9,0	15,3	16,3	10,9	16,8	25,6	7,6
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	9,3	20,0	29,9	32,3	32,2	33,5	37,9	42,7	16,6	8,4	7,4	8,0	-0,3	4,0	13,1	12,7
Grundstücke	0,3	1,0	1,5	1,8	1,7	1,8	1,8	1,9	27,2	8,5	4,8	20,0	-5,6	5,9	0,0	5,6
Ausrüstungen	1,2	2,2	3,0	3,6	3,6	3,9	4,4	4,9	12,9	6,4	10,3	20,0	0,0	8,3	12,8	11,4
Hochbau	2,7	5,6	8,3	8,8	8,9	8,9	10,7	12,1	15,7	8,2	7,8	6,0	1,1	0,0	20,2	13,1
Tiefbau	5,1	11,2	17,1	18,1	18,0	18,9	21,0	23,8	17,0	8,8	6,8	5,8	-0,6	5,0	11,1	13,3
Käufe von Gütern und Diensten insgesamt	40,0	72,1	106,3	122,9	131,7	147,6	171,0	185,7	12,5	8,1	11,8	15,6	7,2	12,1	15,9	8,6
Transferzahlungen	25,4	43,6	59,2	65,9	76,7	85,3	92,4	116,3	11,4	6,3	14,5	11,3	16,4	11,2	8,3	25,9
an private Haushalte	9,4	16,3	20,9	25,3	28,7	30,0	33,3	48,4	11,6	5,1	18,3	21,1	13,4	4,5	11,0	45,3
an Unternehmen	5,0	10,6	17,8	18,1	20,8	25,0	26,6	29,4	16,2	10,9	10,6	1,7	14,9	20,2	6,4	10,5
darunter Subventionen	2,5	5,8	9,5	9,5	11,2	13,5	13,6	14,5	18,3	10,4	8,8	0,0	17,9	20,5	0,7	6,6
an Ausland	2,7	3,4	3,4	3,9	5,5	6,4	6,0	8,5	4,7	0,1	20,1	14,7	41,0	16,4	-6,3	41,7
an Sozialversicherung	8,3	13,3	17,1	18,6	21,7	23,9	26,5	30,0	9,9	5,2	11,9	8,8	16,7	10,1	10,9	13,2
Ausgaben insgesamt ohne Zinszahlungen	65,4	115,7	165,5	188,8	208,4	232,9	263,4	302,0	12,1	7,4	12,8	14,1	10,4	11,8	13,1	14,7
Einnahmen $\cdot$ Ausgaben	5,2	-7,2	-6,7	-9,9	-3,3	0,4	-14,0	-42,4	-	-	-	-	-	-	-	-
$\pm$ Saldo Erwerbseinkommen ⁶⁾	1,7	1,5	0,6	0,9	-1,1	-1,5	- 3,7	- 6,7	-	-	-	-	-	-	-	-
= Finanzierungssaldo	6,9	-5,7	-6,1	-9,0	-4,4	-1,1	-17,7	-49,1	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Schätzung (Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 1975). — 3) Ohne konjunkturelle Sonderabgaben, vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage. — 4) Verwaltungsgebühren, Strafen, steuerähnliche Abgaben. — 5) Siehe hierzu Erläuterungen im Text. — 6) Einnahmen: Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zuzüglich empfangene Vermögensübertragungen von Unternehmen (ohne Steuern) abzüglich unterstellte Bankgebühren. Ausgaben: Schuldzinsen der Gebietskörperschaften.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

gezogen; zugesetzt werden vor allem kalkulatorische Abschreibungen und unterstellte Bankgebühren. Im Rahmen dieser Untersuchung wird der öffentliche Verbrauch in Personalausgaben und laufende Sachausgaben aufgeteilt; abweichend von der amtlichen Rechnung sind die erwähnten Zusetzungen nicht enthalten. Die Abschreibungen werden den öffentlichen Nettoinvestitionen zugeordnet; die Bankgebühren wirken sich im Saldo der Erwerbseinkünfte aus.

Obwohl es sich bei den Verkäufen zu einem großen Teil um Dienstleistungen handelt, werden sie in der amtlichen Statistik in voller Höhe vom laufenden Sachaufwand abgezogen. Hier sind die Verkäufe entsprechend der Relation Bruttosachausgaben zu Personalausgaben aufgeteilt und von diesen beiden Größen abgezogen worden. So wurden für 1974 die Verkäufe in Höhe von 23,5 Mrd. DM mit 14,5 Mrd. DM von den Brutto-Personalausgaben und mit 9 Mrd. DM von den Brutto-Sachausgaben abgesetzt.

Die Investitionen werden im Konzept der Gesamtrechnung zum Zeitpunkt der Leistungsentstehung erfaßt, in der Finanzstatistik zum Zeitpunkt ihrer Ausgabewirksamkeit. Abweichungen zwischen Kasse und Leistung müssen sich indes über einen längeren Zeitraum ausgleichen. Geht man vom Nominalwert der „produzierten“ öffentlichen Investitionen in der VGR aus, so fügt sich dieses Ergebnis — nach eigenen überschlägigen Rechnungen — zwar in die Zeitreihe der Investitionen bis 1969; für die Jahre 1970 bis 1973 ist jedoch noch eine Revision zu erwarten: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben die Gebietskörperschaften in diesem Zeitraum etwa 7 Mrd. DM an die Bauwirtschaft gezahlt, für die keine Leistungen erbracht worden sind. Die amtlichen Zahlen sind daher in Anlehnung an die Produktionsstatistik der Bauwirtschaft um insgesamt 4,5 Mrd. DM angehoben worden. Da angenommen werden kann, daß die Summe der öffentlichen Güterverwendung von der VGR richtig erfaßt ist, wurde der laufende Sachaufwand entsprechend gekürzt.

Nur mäßiges Wachstum der öffentlichen Investitionen

Die Wende in der Tendenz des staatlichen Finanzierungssaldos im Jahre 1965 war begleitet von einem abrupten Abbruch der bis dahin sehr steilen Entwicklung der öffentlichen Investitionen. Während der jährliche Zuwachs zwischen 1960 und 1964 nominal bei 20 vH und real bei annähernd 15 vH lag, konnte anschließend nur noch ein geringes Wachstum erzielt werden: Von 1965 bis 1973 erhöhte sich das Niveau der Investitionen — zu Preisen von 1962 — lediglich um 2 Mrd. DM auf 21 Mrd. DM. 1974 betrug der reale Zuwachs 5 vH — und für dieses Jahr kann unter konjunkturpolitischem Aspekt trotz der sich abzeichnenden Defizite etwa die gleiche Rate erwartet werden.

Die „Priorität“ anderer Ausgaben führte bei gegebenem Steueraufkommen dazu, daß der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften seit 1964 von 19 vH auf 14 vH sank. Das in verschiedenen Bedarfsschätzungen als notwendig angesehene Wachstum der öffentlichen Investitionen ist nicht erreicht worden. So wurde in der Bauenquête², ausgehend vom Stand des Anlagevermögens im Jahre 1970, das erforderliche Wachstum der realen Investitionen bis 1975 mit fast 9 vH jährlich angesetzt. Tatsächlich werden die Investitionen von 1970 bis 1975 um nicht mehr als 1 vH pro Jahr zunehmen.

Überdurchschnittlicher Anstieg der konsumtiven Ausgaben

Die Struktur der öffentlichen Ausgaben hat sich eindeutig zugunsten des Verbrauchsaufwands und der Einkommensübertragungen verändert — Ausgabenkategorien, die zu einem großen Teil aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen nur schwer an veränderte Einnahmenerwartungen angepaßt werden können und zudem unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten wenig flexibel sind.

Von 1960 bis 1974 ist der öffentliche Verbrauch der Gebietskörperschaften auf nahezu das Viereinhalbfache gestiegen. Er hat sich damit überproportional zu den Steuereinnahmen entwickelt. Während 1960 noch 45 vH der Steuereinnahmen ausreichten, um die konsumtiven Ausgaben abzudecken, wurden im vergangenen Jahr schon fast 55 vH der Steuern zur Finanzierung der Personal- und Sachkosten benötigt.

Insbesondere die Personalkosten beanspruchen einen immer größeren Teil der Einnahmen. Im ver-

gangenen Jahr waren sie fast sechsmal so hoch wie 1960; das Bruttosozialprodukt hat sich im gleichen Zeitraum nur etwas mehr als verdreifacht. Im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1974 nahm das bei den Gebietskörperschaften entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 12,5 vH zu, in den übrigen Bereichen hat es sich nur um 9,5 vH pro Jahr erhöht. Diese unterschiedliche Entwicklung ist im wesentlichen auf die Beschäftigtenkomponente zurückzuführen³, die über ein Viertel des Personalkostenzuwachses im öffentlichen Dienst ausmachte; der Einkommenszuwachs je Arbeitnehmer war mit 9 vH etwa so hoch wie in den anderen Wirtschaftsbereichen. Während die Zahl der Arbeitnehmer (ohne Staat) von 1960 bis 1974 im Jahresdurchschnitt lediglich um 0,3 vH zugenommen hat, betrug der jährliche Zuwachs bei Bund, Ländern und Gemeinden 3,4 vH. Selbst der private Dienstleistungssektor expandierte nicht in diesem Umfang (+ 2 vH pro Jahr).

Der hohe Beschäftigungszuwachs bei den Gebietskörperschaften wurde durch die Expansion weniger Aufgabenbereiche verursacht: Bildung und Wissenschaft, Gesundheit — sowie bis zur Mitte der sechziger Jahre der Aufbau der Bundeswehr — besaßen in der öffentlichen Aufgabenerfüllung absolute Priorität. Mit jährlichen Wachstumsraten von über 5 vH absorbierten sie als die zugleich personalintensivsten Funktionsbereiche den weitaus größten Teil der Beschäftigtenzunahme. Schulen, Universitäten oder Krankenhäuser werfen nur in Verbindung mit ihrer personellen Ausstattung einen Nutzen ab. Die daraus entstehenden laufenden Kosten sind einmal Folge der Investitionen, zum anderen selbst wieder investiv wirkende Ausgaben. Denn die Personalausgaben für Bildung und Wissenschaft, Gesundheit usw. können zumindest teilweise als Investitionen — in human capital — angesehen werden.

Der laufende Sachaufwand der Gebietskörperschaften (Unterhaltung und Bewirtschaftung von unbeweglichem Vermögen, Geschäftsbedarf, kleinere Ausrüstungsgegenstände, Lehr- und Lernmittel, militärische Beschaffungen usw.) hat in der Zeit von 1960 bis 1974 um durchschnittlich 9 vH pro Jahr zugenommen; der Anteil an den Gesamtausgaben verminderte sich um fünf Prozentpunkte. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die relativ niedrigen

² Enquête über die Bauwirtschaft, Gutachten im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Bd. 1, Berlin 1973, S. 91 ff.

³ Vgl. auch Dieter Vesper: Die Personalausgaben der Gebietskörperschaften von 1961 bis 1972. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 2/1975.

Steigerungsraten für die militärischen Beschaffungen seit Mitte der sechziger Jahre. Die zivilen Sachausgaben haben bis 1970 ebenfalls unterproportional zugenommen. Danach expandierten sie jedoch beschleunigt — nicht zuletzt als Folge der hohen Preissteigerungen, die auch die öffentlichen Verbrauchsausgaben betrafen.

Differenzierte Entwicklung bei den Übertragungen

Eine nicht ganz so steile Entwicklung wie die Käufe von Gütern und Diensten weisen die Transferzahlungen der Gebietskörperschaften auf. Dabei handelt es sich um einen recht heterogenen Ausgabenkomplex, innerhalb dessen sich in den vergangenen Jahren deutliche Strukturwandlungen vollzogen haben. Der von den Gebietskörperschaften direkt an die privaten Haushalte fließende Teil der Einkommens- und Vermögensübertragungen war von 1960 bis 1974 im Zuwachs geringer als die übrigen Transfers⁴. Gebremst wurde der Anstieg durch die Entwicklung der Kriegsfolgelasten, die sich bei rückläufiger Zahl der Anspruchsberechtigten nur um 4 Mrd. DM erhöht haben. Ohne Kriegsfolgelasten, die 1974 rund ein Drittel der Transfers an die privaten Haushalte ausmachten, sind die Zahlungen rapide gestiegen: 1960 wurden noch nicht einmal 3 Mrd. DM aufgewendet, im vergangenen Jahr dagegen über 22 Mrd. DM. Diese Entwicklung war vor allem Folge der Einführung neuer Sozialleistungen bzw. deren grundsätzlicher Neuordnung. Mit an die Spitze ge-

rückt ist inzwischen die Förderung der Vermögensbildung; diese Ausgaben haben sich seit 1960 (0,6 Mrd. DM) mehr als verzehnfacht. Auch die Kindergeldzahlungen, die Ausgaben für die Ausbildungsförderung und das Wohngeld haben seit ihrem Inkrafttreten um ein Vielfaches zugenommen. Hingegen haben die Unterstützungen — hier zählen vor allem die Leistungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe — in geringerem Tempo expandiert als die gesamten Transferzahlungen.

Am kräftigsten gestiegen sind die Transferzahlungen an Unternehmen. Neben den Vermögensübertragungen (vorwiegend Investitionszuschüsse) sind in diesem Posten die Subventionen enthalten. Als solche werden im Konzept der Gesamtrechnung allerdings nur die Zahlungen des Staates an Produzenten angesehen; nicht erfaßt sind Einnahmefälle wie Steuererleichterungen und Zinsverzichte. Zum dominierenden Faktor der Subventionen (1974: fast 14 Mrd. DM) sind die Zahlungen an die Bundesbahn geworden. Während die Bahn im Jahre 1960 mit 370 Mill. DM unterstützt wurde, mußten 1974 über 6,5 Mrd. DM aufgewendet werden. In die Landwirtschaft flossen im gleichen Jahr rund 3 Mrd. DM; zu Beginn der sechziger Jahre erhielt dieser Bereich noch die höchsten Direktsubventionen.

⁴ Der überwiegende Teil — 1975 rund drei Viertel — aller Einkommens- und Vermögensübertragungen an private Haushalte entfällt allerdings auf die Sozialversicherung.

Transferzahlungen der Gebietskörperschaften an private Haushalte

in Mrd. DM

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Kriegsfolgelasten	6,53	6,76	7,41	6,70	8,16	8,30	7,94	9,01	8,99	8,93	9,47	9,83	9,77	10,07	10,84
Kriegsopferversorgung	3,37	3,74	3,70	3,45	4,17	4,56	4,60	5,29	5,23	5,15	5,93	6,33	6,63	6,98	7,75
Lastenausgleich	2,64	2,57	3,31	2,90	3,62	3,34	2,98	3,28	3,31	3,26	2,90	2,86	2,58	2,64	2,64
Wiedergutmachung	0,52	0,45	0,40	0,35	0,37	0,40	0,36	0,44	0,45	0,52	0,64	0,64	0,56	0,45	0,45
Unterstützungen	2,23	2,29	2,78	2,90	3,18	3,62	4,05	4,26	4,26	4,39	4,96	5,64	6,54	7,44	8,55
Sozial- und Arbeitslosenhilfe	1,10	1,03	1,08	1,27	1,41	1,50	1,69	1,76	1,79	1,87	2,20	2,57	3,10	3,63	4,28
Organisationen o. E.	0,91	1,07	1,26	1,37	1,43	1,64	1,75	1,85	2,01	2,22	2,47	2,66	2,83	3,16	3,47
Unterhaltssicherung	0,05	0,05	0,09	0,10	0,17	0,32	0,35	0,32	0,21	0,22	0,25	0,38	0,57	0,49	0,44
Sonstige	0,17	0,17	0,35	0,16	0,17	0,16	0,26	0,33	0,25	0,08	0,04	0,03	0,04	0,16	0,36
Obrige	0,64	0,87	0,76	1,18	2,21	4,34	4,82	4,77	4,98	5,48	6,45	9,85	12,37	12,49	13,91
Vermögensbildung	0,64	0,87	0,74	1,14	1,06	1,44	1,51	1,70	1,89	2,22	2,94	5,40	6,38	6,51	7,30
Kindergeld	—	—	—	—	1,09	2,75	2,93	2,66	2,59	2,68	2,84	3,22	3,19	3,12	3,10
Wohngeld	—	—	0,02	0,04	0,06	0,15	0,38	0,41	0,50	0,58	0,60	0,83	1,20	1,14	1,50
Ausbildungsförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,07	0,40	1,60	1,72	2,01
Insgesamt	9,40	9,92	10,95	10,78	13,55	16,26	16,81	18,04	18,23	18,70	20,88	25,32	28,68	30,00	33,30

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Die Transferzahlungen an das Ausland — hierzu zählen die Wiedergutmachungsleistungen, Beiträge an internationale Organisationen und Entwicklungshilfe — haben sich von 1960 bis 1974 etwas mehr als verdoppelt. Dieser vergleichsweise geringe Anstieg ist primär auf die bis 1965 gesunkenen, danach etwa konstanten Wiedergutmachungszahlungen zurückzuführen (1960: 2,3 Mrd. DM, 1974: 1,8 Mrd. DM). Stark defizitär geworden sind dagegen die Finanzbeziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft; im vergangenen Jahr übertrafen die Ausgaben die Einnahmen um rund 2 Mrd. DM, während es 1960 nur 200 Mill. DM waren.

Auch die Übertragungen an die Sozialversicherung sind im Vergleich zu den gesamten Transferzahlungen der Gebietskörperschaften unterdurchschnittlich gestiegen. In den letzten Jahren hat sich die Zunahme infolge der Anpassung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung allerdings deutlich beschleunigt.

Mittelfristige Perspektiven

Die Expansion von Personalausgaben und laufendem Sachaufwand der Gebietskörperschaften wird sich in diesem Jahr gegenüber 1973 und 1974 deutlich abschwächen. Dafür sprechen relativ geringe Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, Einschränkung der Personaleinstellungen, Haushaltssperren sowie ein verlangsamter Preisanstieg. Dagegen werden die Investitionsausgaben — konjunkturpolitisch motiviert — ähnlich stark steigen wie im letzten Jahr. Diese Entwicklung ist um so mehr zu begrüßen, als in der Vergangenheit fast immer die Investitionen das Objekt von Etatkürzungen waren. Eine nachhaltige Änderung der Ausgabenstruktur bewirkt in diesem Jahr die Reform des Kindergeldgesetzes. Sie hat eine sprunghafte Erhöhung der Einkommensübertragungen an private Haushalte zur Folge, wobei allerdings eine buchungstechnische Komponente zu berücksichtigen ist: Bisherige Steuermindereinnahmen (Kinderfreibeträge) werden zu Mehrausgaben. Kräftig zunehmen werden auch die Nettoleistungen an das Ausland; insbesondere ist mit steigenden Beiträgen an die EG zu rechnen. Die gesamten Staatsausgaben werden sich 1975 um 15 vH erhöhen — trotz der schwächeren Zunahme des öffentlichen Verbrauchs. Insgesamt gesehen werden damit von der öffentlichen Hand erhebliche expansive Impulse ausgehen: Sowohl der private Verbrauch als auch der Investitionsbereich werden konjunkturgerecht gefördert.

Für eine ausgewogene Gestaltung künftiger öffentlicher Haushalte ergeben sich allerdings ungünstige Perspektiven. Zwar stehen keine Vorhaben mit ähnlich hoher Belastung wie die Steuerreform an, doch läßt die vorhersehbare Einnahmenentwicklung die Notwendigkeit einer Begrenzung des Ausgabenzuwachses deutlich werden. Unterstellt man in einer modellmäßigen Rechnung einen Budgetausgleich für das Jahr 1980 — dies ist nicht mit einer finanzpolitischen Zielvorstellung gleichzusetzen —, dann dürfen bei einem zu erwartenden jährlichen Einnahmenezuwachs von etwa 10 vH die Ausgaben lediglich um 6 vH pro Jahr ausgeweitet werden. Legt man für 1980 ein Finanzierungsdefizit zugrunde, das prozentual dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre entspricht (3 vH der gesamten Einnahmen), so erhöht sich die jahresdurchschnittlich mögliche Zuwachsrate der Ausgaben auf 7 vH. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß eine derartige Begrenzung gelingt:

- Der Personalkostenanstieg kann de facto nur über eine Einschränkung der Beschäftigtenzunahme und der strukturellen Verbesserungen (Stellenanhebungen) gedämpft werden; die jährlichen Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst sind kaum von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln. Im günstigsten Falle werden sich die Personalausgaben etwa parallel zum nominalen Sozialprodukt entwickeln.
- Eine stärkere Beschränkung erscheint bei den Sachausgaben im zivilen und militärischen Bereich als möglich. Der Beitrag, der von dieser Seite zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erwartet werden kann, sollte jedoch nicht überschätzt werden: Ein Prozentpunkt des Sachaufwands entspricht einem Prozent des voraussichtlichen Defizits in diesem Jahr.
- Soll der Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen in den nächsten Jahren nicht weiter zunehmen, so steht dieser Ausgabenbereich für Einsparungsmaßnahmen nicht zur Verfügung. Eher ist hier eine Verstärkung des jährlichen realen Zuwachses zu fordern.
- Das Expansionstempo der Einkommens- und Vermögensübertragungen an die privaten Haushalte wird sich in den nächsten Jahren beträchtlich verlangsamen, wenn nicht neue ausgabenwirksame Gesetze beschlossen werden. Bremsend auf den Anstieg wirken Revisionen der Sparförderung, die weiterhin geringe Zunahme der Kriegsfolgelasten sowie das nun gleichbleibende Niveau der Kindergeldzahlungen.

— Notwendig wird eine Durchforstung der Übertragungen an die Unternehmen — insbesondere der Subventionen — sein. Ob hier Einsparungen nennenswerten Umfangs gelingen, ist indes ungewiß. Vor allem werden die Zahlungen an die Bundesbahn in den nächsten Jahren eher zu- als abnehmen.

Als Fazit bleibt: Ohne drastische Eingriffe lassen

sich weder bei den Käufen von Gütern und Diensten noch bei den Transferzahlungen Einsparungseffekte erzielen, die den hohen Defizitsockel entscheidend verringern können. Drastische Maßnahmen würden aber wohl gerade jene Ausgaben treffen, die für die Reformpolitik des letzten Jahrzehnts stehen. Zur finanziellen Konsolidierung dieser Politik werden deshalb auch Maßnahmen zur dauerhaften Erhöhung der Einnahmen unumgänglich sein.

Wohnungsversorgung und Wohnungsbedarf in West-Berlin

Den 2,1 Mill. Einwohnern West-Berlins stehen gegenwärtig gut eine Million Wohnungen zur Verfügung. Eine weiterhin hohe Zahl von Wohnungssuchenden zeigt allerdings, daß dieser Bestand noch immer nicht ausreicht. Das DIW hat deshalb untersucht, welches Ausmaß die Unter- versorgung hat und wie sich der Wohnungsbedarf im kommenden Jahrzehnt entwickeln wird. Diese Frage ist in Anbetracht geringer Baulandreserven und stagnierender Bautätigkeit für Stadtplanung und Bauwirtschaft von besonderem Interesse. Der vorliegende Bericht gibt die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchungen¹ in aktualisierter Fassung wieder.

Unter Wohnungsbedarf wird die Zahl der Wohneinheiten verstanden, die erforderlich ist, um die Bevölkerung ausreichend mit Wohnraum zu versorgen. Voraussetzung jeglicher Bedarfsrechnung ist mithin die Festlegung des anzustrebenden Versorgungsgrades. Der Schwerpunkt einer solchen Norm liegt auf der Ebene des sozial Wünschenswerten; Niveau und Entwicklung von Mieten und Einkommen als Determinanten des Nachfrageverhaltens werden nicht quantifiziert.

Die Versorgung wird als ausreichend betrachtet, wenn für jeden Haushalt eine Wohnung² zur Verfügung steht. Dabei soll zugleich für jede zum Haushalt gehörende Person mindestens ein Wohnraum (Zimmer) vorhanden sein³. Ein Teil der Bevölkerung besitzt jedoch bereits größere Wohnungen oder strebt zumindest solche an. Diesem erhöhten Raumbedarf ist im Modell Rechnung getragen: Die Versorgung gilt dann als bedarfsgerecht, wenn für die Hälfte aller Haushalte ein Wohnraum mehr bereitsteht, als Personen zum Haushalt gehören.

Um die Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes zu gewährleisten, sollte stets ein gewisser Wohnungsüberschuß bestehen. Die Notwendigkeit, vor allem aber der Umfang dieser Wohnungsreserve sind nicht unumstritten. In dieser Untersuchung werden pauschal 50 000 Einheiten — etwa 5 vH des Bestandes — als erforderliche Reserve angenommen.

Dieser Ansatz scheint zwar relativ hoch, ist jedoch insofern angemessen, als mit ihm zugleich Mobilitäts- und Zweitwohnungsbedarf abgedeckt werden sollen.

Ist die Versorgungsnorm festgelegt, so besteht die Aufgabe der Bedarfsprognose darin, die Entwicklung von Haushaltszahlen und Wohnungsbestand zu bestimmen. Zu diesem Zweck werden die Komponenten Nachhol-, Ersatz- und Neubedarf gesondert betrachtet⁴.

Der Nachholbedarf ergibt sich als Differenz zwischen Zahl der Haushalte und Zahl der Wohnungen zu Beginn des Prognosezeitraums. Der Ersatzbedarf umfaßt solche Wohneinheiten, die

¹ Klaus Dieter Arndt: West-Berlins Wohnungsbedarf nach 1975. In: Konjunkturpolitik. Jg. 19, Heft 1/1973 sowie Ingo Pfeiffer und Peter Ring: Wohnungsversorgung und Wohnungsbedarf in West-Berlin. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 1/1974.

² Die Begriffe folgen der amtlichen Statistik. Als Wohnung gilt jede nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte Einheit, die über eine Küche oder Kochnische verfügt. Auch Küchen werden als Räume gezählt. Als Privater Haushalt werden alleinlebende Personen sowie Personengemeinschaften betrachtet, die zusammen wohnen und ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanzieren.

³ Dies entspricht der Regelung im zweiten Wohnungsbaugesetz.

⁴ Vgl. Dieter Duwendag: Methoden und Determinanten einer Wohnungsbedarfs-, Kosten- und Mietprognose für die Bundesrepublik Deutschland bis 1975. Münster 1970. Das dort entwickelte Verfahren wird hier vereinfacht übernommen.

während der Untersuchungsperiode aus dem Bestand ausscheiden. Er wird ganz überwiegend durch die Zahl der Wohnungsabriss im Rahmen der Stadtsanierung bestimmt. Der **Neubedarf** entspricht dem Nettozugang an Haushalten.

Wohnungsversorgung 1974

Zur Analyse der gegenwärtigen Versorgungssituation liegen nur wenige zeitnahe Informationen vor. Die Entwicklung von Zahl und Größenstruktur der Haushalte seit dem Jahre 1970, dem Zeitpunkt der letzten Volkszählung, konnte nur geschätzt werden. Dabei wurde angenommen, daß sich der Anteil der Einpersonenhaushalte an der Gesamtbevölkerung weiter erhöht hat, bei den Mehrpersonenhaushalten jedoch keine wesentliche Strukturveränderung eingetreten ist. Zur Abstimmung wurden hierbei auch die Ergebnisse des Mikrozensus 1973 verwendet.

Nach dieser Berechnung gab es Ende 1974 in West-Berlin bei 2,12 Mill. Einwohnern etwa 1,08 Mill. Haushalte. Mit 485 000 stellen die Einpersonenhaushalte hiervon den größten Anteil. Von den 595 000 Mehrpersonenhaushalten umfassen 320 000 zwei Personen, 160 000 drei Personen, 80 000 vier Personen und 35 000 fünf oder mehr Personen.

Diesen Haushalten standen 1,065 Mill. Wohnungen zur Verfügung. Eine Aufgliederung des Bestandes nach den Merkmalen Zahl der Räume, Art der Heizung und sanitäre Ausstattung der Wohnungen sowie Alter der Gebäude ist nur näherungsweise möglich; die letzte Großzählung fand 1968 statt und die Fortschreibung der amtlichen Statistik kann zwar die Neuzugänge, nicht jedoch alle sonstigen Veränderungen erfassen.

Auffällig ist zunächst die Größenstruktur: Vom gesamten Wohnungsbestand entfallen mehr als 60 vH auf Kleinwohnungen mit ein bis drei Räumen; nur gut 10 vH haben fünf und mehr Räume.

Über Bad, WC und Sammelheizung verfügen derzeit etwa 500 000 Wohnungen. Mit Ofenheizung und WC, jedoch nur zum Teil mit einem Bad sind fast ebensoviele (460 000) ausgestattet. Mehr als 100 000 Einheiten haben weder ein eigenes Bad noch WC, entsprechen mithin keinesfalls den heutigen Anforderungen. Dieses Ergebnis beruht auf der Annahme, daß alle seit 1968 gebauten Wohnungen der besten, die inzwischen abgerissenen Wohnungen der schlechtesten Ausstattungskategorie zuzurechnen sind. Zugleich war zu berücksichtigen, daß in gewissem Umfang Wohnungen modernisiert wurden.

Bestimmend für den hohen Anteil mittelmäßig ausgestatteter oder unzulänglicher Wohnungen ist die Altersstruktur der Gebäude. Fast 450 000 Wohnungen wurden nach 1949 errichtet — 80 vH davon verfügen über Bad, WC und Zentralheizung. Etwa gleichgroß — 440 000 — ist die Zahl der Wohnungen in Gebäuden, die vor 1918 errichtet worden sind. Unter diesen befinden sich nur etwa 50 000 der besten Ausstattungskategorie, aber praktisch alle 100 000 dringend sanierungsbedürftigen Einheiten.

Weder über die Belegung der Wohnungen noch über Anzahl und Struktur der unzureichend untergebrachten Haushalte liegen aktuelle Informationen vor. An die Stelle einer Feinanalyse der tatsächlichen Versorgungslage muß daher die Durchschnittsbetrachtung treten. Rechnerisch ergibt der Vergleich von Wohnungsbestand und Zahl der Haushalte ein Defizit von 15 000 Wohnungen. Eine Differenzierung nach Größenklassen verdeutlicht das jeweilige Ausmaß der Unterversorgung. Bezieht man die einzelnen Haushaltsgrößenklassen modellgerecht — also unter Berücksichtigung des eingangs normierten Raumbedarfs — auf die einzelnen Wohnungsgrößen, so zeigt sich folgende Konstellation: Bei den Wohnungen mit ein bis vier Räumen ist die Versorgungsnorm erfüllt; bei größeren Einheiten indes — also Wohnungen für Haushalte mit drei und mehr Personen — ist der Sollbestand nur zu zwei Dritteln erreicht⁵.

Die quantitative Betrachtung erfaßt das Ausmaß der Unterversorgung allerdings nur unvollständig. Unterstellt man, daß die etwa 100 000 Einheiten ohne Bad und WC eigentlich zur Versorgung ungeeignet sind, so fehlen in der Stadt gegenwärtig 115 000 Wohnungen. Bei Berücksichtigung einer marktwirtschaftlich erwünschten Leerreserve erhöht sich das Defizit sogar auf 165 000 Einheiten.

Künftige Entwicklung der Bedarfsfaktoren

Grundlage der Vorausschätzung von Haushaltszahl und Haushaltsgrößen ist eine Bevölkerungsprojektion, die an den Leitvorstellungen des Senats zur ökonomischen Entwicklung Berlins orientiert ist. Dabei wird die Bevölkerung der Stadt zunächst aufgrund demographischer Kriterien fortgeschrieben, danach der zur Stabilisierung des Erwerbspersonen-

⁵ Mit einer derart hochgradigen Unterversorgung schneidet Berlin auch bei interregionalem Vergleich ungünstig ab. Vgl. Wohnungsbestand und Wohnungsversorgung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Stefan Heckhausen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 24/1974, S. 213 ff.

potentials erforderliche Wanderungsbedarf in die Berechnung einbezogen. Nach diesem Modell setzt sich der altersstrukturbedingte Rückgang der Einwohnerzahl Berlins auch nach 1975 fort: Im Jahre 1980 werden in der Stadt etwa 2 Millionen Menschen leben. Überschlägigen Berechnungen zufolge ist bei gleichen Modellannahmen für das Jahr 1985 mit einer Einwohnerzahl von rund 1,9 Mill. zu rechnen.

Mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl ist eine deutliche Verjüngung des Altersaufbaus sowie ein steigender Ausländeranteil verbunden. Beides beeinflußt Zahl und Größe der Haushalte. Die bisherige Entwicklung der Haushaltsstruktur zeigt zwei dominierende Tendenzen: Einerseits hat der Anteil der Einpersonenhaushalte an der Gesamtbevölkerung in letzter Zeit deutlich zugenommen; andererseits ist die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte leicht rückläufig. Der rasche Anstieg der ersten Quote ist auf eine Reihe demographischer und sozialer Faktoren zurückzuführen, so auf die Tendenz zu frühzeitiger Lösung aus dem Familienverband, auf die wachsende Anzahl lediger oder „ledig gehender“ Arbeitnehmer und auf den zunehmenden Frauenüberschuß bei den älteren Jahrgängen. Gleichzeitig bedingt der Trend zur Kleinfamilie eine abnehmende Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte. Bei der Schätzung der künftigen Haushaltsentwicklung wird unterstellt, daß diese Tendenzen grundsätzlich anhalten.

Neben der Entwicklung der Haushalte bestimmen die Wohnungsabgänge den Umfang der bedarfsgerechten Bauleistung. Zwar ist abzusehen, daß bei weitem nicht alle erneuerungsbedürftigen Wohnungen innerhalb des Prognosezeitraumes ersetzt wer-

den. In den letzten Jahren konnte der geplante Umfang der Stadtsanierung nicht erreicht werden. Eine nachhaltige Verstärkung der Sanierungstätigkeit wird indes angestrebt. In dem Modell ist angenommen, daß im Zeitraum 1975 bis 1980 30 000 und in den Jahren 1981 bis 1985 35 000 Wohnungen abgerissen werden. In Anbetracht des Sanierungspotentials dürften Abrisse in dieser Größenordnung selbst dann erforderlich sein, wenn das umstrittene Konzept der Flächensanierung durch verstärkte „Entkernung“ und Modernisierung ersetzt wird.

Wohnungsbedarf und Bautätigkeit bis 1985

Aufgrund der genannten Voraussetzungen ergibt sich folgendes Bild: Im Jahre 1980 leben in Berlin 2,0 Mill. Personen in 1,055 Mill. Haushalten. Zur bedarfsgerechten Versorgung wären 1,105 Mill. Wohnungen erforderlich — eine Leer- und Zweitwohnungsreserve von pauschal 50 000 Einheiten eingeschlossen. Da sich der Ausgangsbestand des Jahres 1975 um 30 000 Abrißwohnungen vermindern wird, müßten in den Jahren 1975 bis 1980 insgesamt 70 000 Einheiten gebaut werden. Damit wäre zugleich der Bedarf des folgenden Jahrzehnts gedeckt: Die stark rückläufige Zahl der Haushalte — 1985 werden es noch 1,010 Mill. sein — führt zu so beträchtlicher Wohnungsfreisetzung, daß der um die kalkulierten Abrisse verminderte Bestand zur Bedarfsdeckung mehr als ausreicht.

Wohnungsbaubedarf nach Bestimmungsfaktoren
in Berlin (West) 1975 bis 1985
in 1000 Wohnungen

Faktor	1975—1980	1981—1985
Nachholbedarf	+ 15	—
Ersatzbedarf	+ 30	+ 35
Nettoneubedarf	— 25	— 45
Wohnungsreserve	+ 50	+ 10
Erforderliche Bauleistung	70	0

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Private Haushalte in Berlin (West) 1974 bis 1985

	Private Haushalte mit ... Personen					Private Haushalte insgesamt	Bevölkerung in Privaten Haushalten
	1	2	3	4	5 und mehr		
Anzahl in 1000 (jeweils Jahresende)							
1974	485	320	160	80	35	1 080	2 120
1980	485	320	145	75	30	1 055	2 020
1985	470	310	135	70	25	1 010	1 900
Struktur in vH							
1974	44,9	29,6	14,8	7,4	3,3	100,0	.
1980	46,0	30,3	13,7	7,1	2,9	100,0	.
1985	46,5	30,7	13,4	6,9	2,5	100,0	.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Die Strukturierung des Bedarfs nach Wohnungsgrößen zeigt, daß ein Defizit bei Wohnungen mit fünf und mehr Räumen auch weiterhin besteht. Im Rahmen der künftigen Wohnungsbautätigkeit kommt mithin der Errichtung größerer und damit familiengerechterer Wohnungen verstärkte Bedeutung zu. In die Projektion der erforderlichen Bautätigkeit werden

Projektion der Wohnungsversorgung in Berlin (West) 1974 bis 1985

Anzahl in 1000 (jeweils Jahresende)

Wohnungen mit ... Räumen		1 und 2	3	4	5	6 und mehr	Wohnungen insgesamt
Haushalte mit ... Personen ¹⁾		1	1 oder 2	2 oder 3	3 oder 4	4 und mehr	Haushalte insgesamt
1974	Wohnungen	255	410	264	91	45	1 065
	Haushalte	242	403	240	120	75	1 080
	Versorgungsindex ²⁾	105	102	110	76	60	99
1980	Wohnungen	262	419	264	105	55	1 105
	Haushalte	242	403	232	110	68	1 055
	Versorgungsindex ²⁾	108	104	114	95	81	105
1985	Wohnungen	252	404	259	100	55	1 070
	Haushalte	235	390	222	103	60	1 010
	Versorgungsindex ²⁾	107	104	117	97	92	106

1) Jeweils die Hälfte der Haushalte einer Größenklasse wird der nächsthöheren zugerechnet. — 2) Wohnungen in vH aller Haushalte.
Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

daher neben kleineren Einheiten als Ersatz für Abrißwohnungen verstärkt auch Großwohnungen einbezogen.

Das vorliegende Ergebnis macht indes die Grenzen der lediglich quantitativen Betrachtungsweise deutlich. Nach der Modellrechnung wären zwischen 1980 und 1985 nicht einmal die Wohnungsabgänge zu ersetzen. Dies hieße Verzicht auf die Schaffung neuen Wohnraums. Zu bedenken ist hierbei jedoch, daß der Bestand im Zieljahr 1985 — selbst bei den

hier zugrunde gelegten, vor dem Hintergrund des bisherigen Entwicklungstempos eher optimistischen Annahmen über den Umfang der Stadterneuerung — noch etwa 35 000 Wohnungen umfaßt, die bereits 1970 dringend sanierungsbedürftig waren. Zudem werden 1985 weitere Einheiten nicht mehr dem dann gültigen Wohnstandard entsprechen, damit ebenfalls zu ersetzen bzw. von Grund auf zu modernisieren sein.

Rechnet man nicht nur die planmäßigen Sanierungen, sondern alle Substandardwohnungen dem Ersatzbedarf zu und berücksichtigt generell die Überalterung des Wohnungsbestandes, so muß die Bautätigkeit bis 1980 über den hier quantifizierten Umfang ausgeweitet und darf auch danach nicht wesentlich eingeschränkt werden.

Die Wohnungsversorgung einer Region bestimmt in hohem Maße deren Attraktivität. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Wohnsituation in Berlin, insbesondere mit einem größeren Angebot geräumiger, gut ausgestatteter Wohnungen, würden entscheidende Anreize für die Zuwanderung von Familien geschaffen. Zur Verbesserung von Bevölkerungstruktur und Stabilisierung des Arbeitskräftepotentials ist Berlin aufgrund seiner spezifischen Situation — Stadt ohne Umland — stärker noch als andere Großstädte auf solche Wanderungsgewinne angewiesen.

Projektion von Wohnungsabgängen und Bautätigkeit in Berlin (West) 1975 bis 1985 in 1000

	Wohnungen mit ... Räumen					Alle Wohnungen
	1 u. 2	3	4	5	6 und mehr	
Wohnungsabgänge						
1975—1980 . . .	13	11	5	1	—	30
1981—1985 . . .	10	15	5	5	—	35
Bautätigkeit						
1975—1980 . . .	20	20	5	15	10	70
1981—1985 . . .	—	—	—	—	—	—
Nettozugang						
1975—1980 . . .	7	9	0	14	10	40
1981—1985 . . .	— 10	— 15	— 5	— 5	—	— 35

Quelle: Schätzungen des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

- Nr. 98 **System und Entwicklung der DDR-Wirtschaft.** Von P. Mitscherling, H. Lambrecht, M. Melzer, Ch. Otto-Arnold, M. E. Ruban, A. Scherzinger-Rüger, H. Vortmann und H. Wilkens. 298 S. 1974. DM 69,60.
- Nr. 99 **Sozio-ökonomische Kriterien als Maßstab für den relativen Entwicklungsstand von Ländern und Sektoren, dargestellt am Beispiel Lateinamerikas.** Von H. Bokermann. 71 S. 1974. DM 26,60.
- Nr. 100 **Makroökonomische Entscheidungskriterien für den Aufbau alternativ großer Park-and-Ride-Systeme als Bestandteil des Nahverkehrs in einem Ballungsgebiet, dargestellt am Beispiel Hamburg.** Von J. Niklas. 61 S. 1974. DM 33,60.
- Nr. 101 **Qualitative Arbeitsmarktsteuerung. Probleme und Möglichkeiten.** Von K.-P. Gaulke. 158 S. 1974. DM 49,60.
- Nr. 102 **Die Entwicklung in der Güterverkehrssituation West-Berlins 1970 bis 1980.** Von R. Hopf. 234 S. 1975. DM 64,60.
- Nr. 103 **Leistungsstruktur der Bauwirtschaft und Perspektiven der Baunachfrage in West-Berlin.** Von H. Droege und P. Ring. 164 S. 1975. DM 54,60.
- Im Druck:
- Nr. 104 **Bedeutung und Möglichkeiten des Ost-West-Handels mit Energierohstoffen.** Von J. Bethkenhagen.

Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 25 **Möglichkeiten und Grenzen einer mittelfristigen Einkommenspolitik im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftspolitik.** Von B. Görzig und W. Kirner. 79 S. 1973. DM 54,60.
- Heft 26 **Regionale Verkehrsinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Investitionen und Anlagevermögen.** Von B. Bartholmai. 61 S. 1973. DM 49,60.
- Heft 27 **Input-Output-Rechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 1954, 1958, 1962, 1966.** Von R. Stäglin und H. Wessels unter Mitarbeit von I. Liebe und J. Schintke. 169 S. und 7 Ausschlagtafeln. 1973. DM 78,—.
- Heft 28 **Projektionen und Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftebedarfs in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland bis 1985.** Von W. Jeschek. 90 S. und 124 S. Tabellenanhang. 1973. DM 88,60.
- Heft 29 **Ausbildungsqualifikation und Arbeitsmarkt. Vorausschau auf das langfristige Arbeitskräfte- und Bildungspotential in West-Berlin.** Von A. Hegelheimer und G. Weißhuhn. 208 S. u. Tab. 1974. DM 116,—.
- Heft 30 **Intersektoraler Strukturvergleich zur Ermittlung von Schlüsselsektoren. Empirische Ergebnisse für asiatische Entwicklungsländer anhand einheitlich aggregierter Input-Output-Tabellen.** Von S. Schultz. 104 S. 1974. DM 38,60.
- Heft 31 **Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975.** Von G. Göseke und K.-D. Bedau, EDV-Programmierung: H. Klatt. 212 S. 1974. DM 68,80.
- Heft 32 **Zum Verbund von Lernorten in der Berufsausbildung. — Organisatorische, rechtliche und finanzielle Fragen der Verbindung von Oberstufenzentren mit Ausbildungsstätten in Berlin (West).** Von W. Jeschek und W. Fritz. 98 S. 1974. DM 39,60.
- Heft 33 **Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltenergiemarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 293 S. 1974. DM 118,—.
- Heft 34 **Berufsfeldplanung für die Sekundarstufe II. — Die Entwicklung der Berufsfeld- und Ausbildungsstrukturen für die Absolventen und Abgänger der Sekundarstufe II in Berlin (West) bis zum Jahre 1982.** Von K.-P. Gaulke und G. Weißhuhn unter Mitarbeit von M. Kohues. 128 S. 1975. DM 49,80.
- Heft 35 **Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in ihren Regionen bis zum Jahr 1990.** Von H. Birg. 300 S. 1975. DM 98,—.
- Heft 36 **Die Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern von 1960 bis 1972.** Von N. Engler. 66 S. 1975. DM 22,60.

Zu beziehen durch den Verlag Duncker & Humblot

Die nächste Nummer des Wochenberichtes erscheint am 29. 5. 1975.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5
Tel. (030) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Peter Ring

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften: Wenig Chancen für gravierende Einsparungen bearbeitet von Dieter Vesper. —
Wohnungsversorgung und Wohnungsbedarf in West-Berlin bearbeitet von Ingo Pfeiffer.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: ZIPPEL-DRUCK, Herbert Zippel KG, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.